

Mareike Jung

Engagement- und Demokratiep politik in der neuen Legislaturperiode:

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD im Lichte der engagementpolitischen Empfehlungen des BBE

Von dem Verständnis ausgehend, dass Engagementpolitik als Gesellschaftspolitik bei allen großen Politikfeldern mitgedacht werden muss, wurde für die vorliegende Synopse der am 07. Februar 2018 veröffentlichte und am 12. März unterschriebene Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD in seiner ganzen Bandbreite betrachtet und mit den engagementpolitischen Empfehlungen des BBE abgeglichen. Dabei wird der Querschnittscharakter und das breitere Verständnis von Engagementpolitik sichtbar: An verschiedenen Stellen finden sich im Koalitionsvertrag der Großen Koalition engagement- und demokratiepolitische Bezüge. In der nachfolgenden Synopse sind die Ansatzpunkte aus dem Koalitionsvertrag in der ersten Spalte zusammengestellt. Sie werden in der zweiten Spalte auf die jeweilige engagementpolitische Empfehlung des BBE bezogen. Die Ziffern beziehen sich auf die Zeilenangaben im Koalitionsvertrag.

Quellen:

Engagementpolitische Empfehlungen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) für ein Regierungsprogramm der 19. Legislaturperiode (09/2017): http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/images/ueber_das_netzwerk/engagementpolitische-empfehlungen-des-bbe-2017.pdf

Entwurf des Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD (07.02.2018), <http://www.spiegel.de/media/media-42518.pdf>.

Inhaltsverzeichnis zu den Kapiteln im Koalitionsvertrag mit Aussagen zur Engagement- und Demokratiepoltik

Präambel, S. 4

I: Ein neuer Aufbruch für Europa

*Wir wollen ein Europa der Demokratie und Solidarität, S. 6,
Wir wollen ein Europa der Chancen und der Gerechtigkeit, S. 7*

III: Familien und Kinder im Mittelpunkt

1. Kinder stärken – Kinderrechte ins Grundgesetz, S. 21,
Eigenständige Jugendpolitik, S. 23
5. Seniorinnen und Senioren, S. 27

IV: Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung

1. Allgemeine Bildung und Schulen, S. 28-29
4. Forschung und Innovation S. 35-36
5. Digitalisierung
Besseres Leben durch Fortschritt, S. 48

VI. Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen

5. Landwirtschaft und Ernährung
Förderung der ländlichen Entwicklung, S. 84

VII Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten

2. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, S.94

IX Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen

3. Stadtentwicklung und Baukultur, S. 114
5. Heimat mit Zukunft, S. 116-119
Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen, S. 116
Förderprogramme mit neuen Akzenten fortsetzen, S. 117
Stärkung der Zivilgesellschaft und des Ehrenamts, S. 118-120
Stärkung der Demokratie und Extremismusprävention, S. 120

X Ein handlungsfähiger Staat für eine freie Gesellschaft

2. Moderner Staat, S.129
Digitale Verwaltung, S. 130
Zivil- und Katastrophenschutz, S. 131
5. Verbraucherschutz, S. 135

XII Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt

6. Menschenrechte, Krisenprävention, humanitäre Hilfe, S. 157
Unsere Kooperationspartner stärken, S.165

XIII Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben

1. Bürgerbeteiligung, S. 166
2. Kunst, Kultur und Medien
Kulturelle Bildung, S. 169-170
Gedenken und Erinnern, S. 170

KOALITIONSVERTRAG	VGL. BBE-EMPFEHLUNG
I: Ein neuer Aufbruch für Europa	
<p>Wir wollen ein Europa der Demokratie und Solidarität, S. 6,</p> <p>126-130: Wir wollen, dass sich Deutschland aktiv in die Debatte über die Zukunft der EU und eine Stärkung der europäischen Integration einbringt und wollen die Bürgerinnen und Bürger in bundesweiten öffentlichen Dialogen an der Reformdebatte in Europa beteiligen. Wir wollen dadurch Europa bürgernäher und transparenter machen und neues Vertrauen gewinnen.</p>	<p>Für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger den Weg ebnen, S. 10</p> <p>Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen am Prozess der Politikgestaltung stärker beteiligt und ihre Erfahrungen und Lösungsvorschläge in politische Entscheidungsprozesse besser integriert werden. Dafür muss auf nationaler wie europäischer Ebene ein kontinuierlicher Gesprächsrahmen zwischen Politik und Zivilgesellschaft geschaffen werden. Einen Referenzrahmen bieten hierfür die Prinzipien partizipativer Demokratie in Artikel 11 EUV.</p>
III: Familien und Kinder im Mittelpunkt	
1. Kinder stärken – Kinderrechte ins Grundgesetz, S. 21,	
<p>802-807: Wir werden Kinderrechte im Grundgesetz ausdrücklich verankern. Kinder sind Grundrechtsträger, ihre Rechte haben für uns Verfassungsrang. Wir werden ein Kindergrundrecht schaffen. Über die genaue Ausgestaltung sollen Bund und Länder in einer neuen gemeinsamen Arbeitsgruppe beraten und bis spätestens Ende 2019 einen Vorschlag vorlegen.</p> <p>Eigenständige Jugendpolitik, S. 23</p> <p>911-912: [...] Dafür wollen wir die eigenständige Jugendpolitik weiterführen und eine gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung entwickeln.</p> <p>914-916: Ziel soll sein, bei politischen Maßnahmen für jugendpolitische Belange zu sensibilisieren. Die Teilhabe von jungen Menschen wollen wir auf allen Ebenen stärken und weitere Beteiligungsformate unterstützen</p> <p>918-921: Wir wollen Jugendliche für Politik begeistern und die Akzeptanz unserer Demokratie stärken. Das gesellschaftliche und politische Engagement sowie die kulturelle Bildung junger Menschen sind für uns von großer Bedeutung.</p>	<p>Engagement stärken heißt Demokratie stärken, S. 3</p> <p>Junge Menschen müssen frühzeitig lernen und erfahren können, wie sie selbst gestalten und sich engagieren können.</p>

<p>Hierzu wollen wir mehr Mittel zur Verfügung stellen.</p>	
<p>5. Seniorinnen und Senioren, S. 27</p> <p>1101-1105: Die Mehrgenerationenhäuser stellen bundesweit, besonders für den ländlichen Raum, eine unverzichtbare soziale Infrastruktur dar und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum generationenübergreifenden Dialog und zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wir wollen sie absichern und weiter ausbauen, insbesondere im ländlichen Raum.</p>	<p>Verlässliche Infrastrukturen für Alle, die sich engagieren wollen, S. 4</p> <p>Um die Selbstorganisationsfähigkeit der Bürgergesellschaft auf Dauer zu erhalten, müssen geeignete Programme für Fortbildung und Erfahrungsaustausch gefördert werden.</p> <p>Offene Zugänge und Teilhabe im BE schaffen, S. 5</p> <p>Zugangs- und Beteiligungschancen zum bürgerschaftlichen Engagement gilt es für alle Altersgruppe auszubauen.</p>
<p>IV: Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung</p>	
<p>1. Allgemeine Bildung und Schulen, S. 28-29</p>	
<p>1131-1133: Wir wollen die Bildungschancen in Deutschland im gemeinsamen Schulterschluss von Bund und Ländern verbessern. Dafür wollen wir nach dem Vorbild des Wissenschaftsrates einen Nationalen Bildungsrat einrichten.</p> <p>1142-1148: Zur Verbesserung der Bildung werden wir eine Investitionsoffensive für Schulen auf den Weg bringen. Diese umfasst zusätzlich zum laufenden Schulsanierungsprogramm die Unterstützung der Länder bei ihren Investitionen in die Bildungsinfrastruktur, insbesondere Ganztagsschul- und Betreuungsangebote, Digitalisierung und berufliche Schulen. Dazu werden wir die erforderliche Rechtsgrundlage in Art. 104c Grundgesetz (GG) durch die Streichung des Begriffs „finanzschwache“ in Bezug auf die Kommunen anpassen. Die Kultushoheit bleibt Kompetenz der Länder.</p> <p>1206-1209: Wir wollen die kulturelle Bildung durch das Programm „Kultur macht stark“ weiter fördern und ausbauen. Die Zusammenarbeit bei der kulturellen Bildung von schulischem und außerschulischem Raum ist zu verstärken. Außerdem wollen wir die Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung intensivieren.</p>	<p>Engagement stärken heißt Demokratie stärken, S. 3</p> <p>Neben den vielfältigen Engagementmöglichkeiten in der außerschulischen Jugendarbeit müssen sich auch die Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und vor allem Schulen vermehrt für Mitbestimmung und Beteiligung öffnen. Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern muss ausgebaut werden.</p> <p>Verlässliche Infrastrukturen für alle, die sich engagieren wollen, S. 4</p> <p>Für eine nachhaltige Infrastruktur für das Engagement bedarf es einer Möglichkeit des Bundes zur Förderung und einer stärkeren Einbindung der Länder in Förderentscheidungen.</p>

4. Forschung und Innovation S. 35-36	
<p>1485-1488: Wir wollen den Dialog von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft intensivieren, neue Beteiligungs- formen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft erproben und die Wissenschaftskommunikation stärken.</p>	<p>Zivilgesellschaftsforschung braucht Infrastrukturen und Netzwerke, S. 11</p> <p>Entwicklung einer vernetzten Strategie zum Aufbau tragfähiger Infrastrukturen für die inter- und transdisziplinäre Zivilgesellschaftsforschung, in die sich alle Akteure der Forschungsförderung einbringen.</p>
5. Digitalisierung	
<p>Besseres Leben durch Fortschritt, S. 48</p> <p>2144-2145: Wir wollen Ruf- und Bürgerbusse stärken und etwaige Regelungshindernisse beseitigen.</p>	
<p>2157-2161: Wir werden prüfen, wie ein „Zivilgesellschaftliches Digitalisierungsprogramm“ für ehrenamtliches Engagement ausgestaltet und auf den Weg gebracht werden könnte. Dabei werden wir auch prüfen, wie die Finanzierung von zivil- und ehrenamtlichen Initiativen mit gemeinnützigen Zwecken über in Deutschland ansässige Spenden- oder Crowdfunding-Plattformen gefördert werden kann.</p> <p>2168-2171: Wir wollen innerhalb des Bundesfreiwilligendienstes eine neue Variante analog zum „Freiwilligen Sozialen Jahr Digital“ einführen, bei dem Menschen ihre technischen Fertigkeiten und Fähigkeiten in den Dienst von gemeinnützigen Einrichtungen stellen.</p>	<p>Engagement stärken heißt Demokratie stärken, S. 3</p> <p>[...] Auch müssen digitale Räume, wie z.B. Soziale Medien, demokratisiert und Medienkompetenzen gestärkt werden, damit Gewalt, Menschenfeindlichkeit und Intoleranz entgegengewirkt werden kann.</p>
VI. Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen	
5. Landwirtschaft und Ernährung	
<p>Förderung der ländlichen Entwicklung, S. 84</p> <p>3905- 3912: Wir wollen lebenswerte und attraktive ländliche Räume. Gerade mit Blick auf die Herausforderungen von Demografie und Daseinsvorsorge wird die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) bei finanzieller Stärkung um ländliche Entwicklung ergänzt. Die</p>	<p>Verlässliche Infrastrukturen für alle, die sich engagieren wollen, S. 4</p> <p>Für eine nachhaltige Infrastruktur für das Engagement bedarf es einer Möglichkeit des Bundes zur Förderung und einer stärkeren Einbindung der Länder in Förderentscheidungen. Bund, Länder und Kommunen müssen eine dauerhafte</p>

<p>Mittel sind im bisherigen Maße übertragbar. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wollen wir mit einem erweiterten Förderrahmen erreichen und dabei auch das Ehrenamt stärken. Wir wollen einen GAK-Sonderrahmenplan „Förderung der ländlichen Entwicklung“ einsetzen.</p>	<p>Grundförderung als Gemeinschaftsaufgabe ermöglichen.</p>
<p>VII Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten</p>	
<p>2. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, S. 94</p> <p>4344-4348: Menschen mit Behinderungen haben einen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Mit dem Bundesteilhabegesetz haben wir einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention getan. Seine Umsetzung werden wir in den kommenden Jahren intensiv begleiten und gleichzeitig die Teilhabe weiter fördern.</p>	<p>Offene Zugänge und Teilhabe im BE schaffen, S. 5</p> <p>In der gesellschaftlichen Debatte über die Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen sind deren Engagement und Partizipation stärker zu berücksichtigen und zu ermöglichen.</p> <p>Engagementfreundliche politische Rahmensetzungen schaffen, S. 7</p> <p>Dafür ist eine Inklusions-Regelung erforderlich, die Menschen mit besonderem Förderbedarf ohne förderrechtliche Zugangsbarrieren bürgerschaftliches Engagement ermöglicht.</p>
<p>IX Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen</p>	
<p>3. Stadtentwicklung und Baukultur, S. 114</p>	
<p>5324-5327: Wir werden die ressortübergreifende Zusammenarbeit ausbauen. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen wollen wir ehrenamtliches Engagement und gemeinwohlorientierte Initiativen stärken. Dafür wollen wir bestehende Rechtsgrundlagen sowie Finanzierungs- und Beratungsinstrumente überprüfen und wo nötig verbessern.</p>	<p>Engagement stärken heißt Demokratie stärken, S. 3</p> <p>Querschnittskoordination der Engagement- und Demokratiepoltik sollte in einem gemeinsamen Abstimmungsprozess zwischen den zuständigen Bundesministerien erfolgen</p>
<p>5. Heimat mit Zukunft, S. 116-119</p>	
<p>Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen, S. 116</p> <p>5473-5476: [...] Wir werden die Strukturschwächen in ländlichen Räumen, in Regionen, Städten und Kommunen in allen Bundesländern wirkungsvoll bekämpfen und die Kommunen beim demografischen Wandel unterstützen, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.</p>	<p>Offene Zugänge und Teilhabe im BE schaffen, S. 5</p> <p>Zugangs- und Beteiligungschancen zum bürgerschaftlichen Engagement gilt es für alle Altersgruppen auszubauen.</p>

<p>5495-5497: Die Bundesregierung wird zusammen mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ einsetzen, die bis Mitte 2019 konkrete Vorschläge erarbeitet.</p>	
<p>Förderprogramme mit neuen Akzenten fortsetzen, S. 117</p> <p>5525-5527: [...] Ein Schwerpunkt liegt dabei – unter Berücksichtigung der ländlichen Regionen – auf der Belebung von Orts- und Stadtkernen.</p>	
<p>5533-5535: Die im Programm Soziale Stadt begonnene ressortübergreifende Zusammenarbeit werden wir mit einer besseren Abstimmung von Förderprogrammen und -instrumenten fortsetzen.</p>	<p>Den Sozialen Nahraum als wichtigsten Gestaltungsraum für Engagement fördern, S. 9</p> <p>Ansätze wie die Programme „Engagierte Stadt“ und „Soziale Stadt“ sollen ausgebaut und verstetigt werden.</p> <p>Förderprogramme, die den Sozialraum im Fokus haben, sollten immer mit den Anforderungen und Wünschen der im Lebensumfeld Engagierten zusammengedacht werden.</p> <p>Die Steuerungsebene derartiger Förderungen sollte im Sinne des Subsidiaritätsgedankens bei den kommunalen AkteurInnen verortet sein.</p>
<p>Stärkung der Zivilgesellschaft und des Ehrenamts, S. 118-120</p>	
<p>5549-5554: Ein starkes Ehrenamt und ausgeprägtes bürgerschaftliches Engagement sind Markenzeichen unseres Landes. Millionen von Menschen sind freiwillig für das Gemeinwohl aktiv – vom individuellen Engagement bis zum Ehrenamt, z. B. in Sportvereinen, Kirchen, Stiftungen, Vereinen, Migrantenorganisationen und der Wohlfahrtspflege. In ländlichen Regionen ist das Ehrenamt eine tragende Säule eines lebendigen und funktionierenden Gemeinwesens. Dieses ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement für alle Generationen verdient Anerkennung und Wertschätzung.</p>	
<p>5555-5557: Wir werden es herausgehoben in der Bundesregierung verankern und durch konkrete Maßnahmen unterstützen und stärken.</p>	
<p>5559-5584: Um diese Kultur des zivilgesellschaftlichen Engagements und des</p>	

Ehrenamts zu fördern und zu stärken, wollen wir:	
<p>5561-5564: bestehende Regelungen entbürokratisieren, die digitalen Kompetenzen stärken und konkrete Hilfestellungen für eine entsprechende Organisationsentwicklung der Verbände, Vereine und Stiftungen leisten. Eine Ehrenamtsstiftung oder eine Service-Agentur kann dabei helfen.</p> <p>5565-5566: den rechtlichen Rahmen für ehrenamtliche Betätigung und soziales Unternehmertum weiter verbessern sowie</p> <p>5567-5572: das Gemeinnützigkeitsrecht verbessern. Insbesondere streben wir im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Eintragungsfähigkeit von Vereinen mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb im Interesse von bürgerschaftlichen Initiativen Verbesserungen im Vereinsrecht an. Zudem werden wir das Stiftungsrecht auf Grundlage der Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Stiftungsrecht“ ändern (mod. Beitrag UAG Stärkung der Zivilgesellschaft).</p>	<p>Engagementfreundliche politische Rahmensetzungen schaffen, S. 7</p> <p>Der bürokratische Aufwand muss gesenkt, das Zuwendungsrecht vereinfacht und Zuständigkeiten sollten gebündelt werden. Die durch die Fehlbetragsfinanzierung eingeschränkte Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen sollte korrigiert werden.</p> <p>Dem Problem der Monetarisierung und damit der Funktionalisierung von bürgerschaftlichem Engagement muss auch auf Bundesebene im Kontext von Gesetzen und Verordnungen entgegengewirkt werden. Die Engagementverträglichkeit von Gesetzen muss im Bund sichergestellt werden.</p>
<p>5573-5576: Bundesfreiwilligendienst und Jugendfreiwilligendienste in ihrer Bandbreite ausbauen und stärken, ehrenamtliche und gemeinnützige Organisationen mit innovativen und sozialen Ideen und nachweislichem gesellschaftlichen, ökologischem oder wirtschaftlichem Nutzen in ihrer Start- und Wachstumsphase unterstützen.</p>	
<p>5577-5578: Den Zugang für Menschen mit Behinderungen und für Benachteiligte wollen wir in den Jugendfreiwilligendiensten und dem Bundesfreiwilligendienst ausweiten.</p>	<p>Engagementfreundliche politische Rahmensetzungen schaffen, S. 7</p> <p>Dafür ist eine Inklusions-Regelung erforderlich, die Menschen mit besonderem Förderbedarf ohne förderrechtliche Zugangsbarrieren bürgerschaftliches Engagement ermöglicht.</p>
<p>5579-5581: initiieren, dass in Kooperation mit den Bundesländern, Wohlfahrtsverbänden und Kommunen insbesondere Grundschulkinder in Ganztagsbetreuung gezielt an ehrenamtliche Tätigkeit herangeführt werden.</p>	<p>Engagement stärken heißt Demokratie stärken, S. 3</p> <p>Öffnung der Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und Schulen für Mitbestimmung und Beteiligung</p>
<p>5582-5584: zur besseren Förderung von bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement Ehrenamtliche steuerlich entlasten sowie Hauptamtliche zu</p>	<p>Engagementfreundliche politische Rahmensetzungen schaffen, S. 7</p> <p>Der bürokratische Aufwand muss gesenkt, das Zuwendungsrecht vereinfacht</p>

<p>ihrer Entlastung vermehrt einsetzen. Wir werden den rechtlichen Rahmen für ehrenamtliche Betätigung und soziales Unternehmertum weiter verbessern.</p>	<p>und Zuständigkeiten sollten gebündelt werden. Die durch die Fehlbetragsfinanzierung eingeschränkte Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen sollte korrigiert werden.</p> <p>Dem Problem der Monetarisierung und damit der Funktionalisierung von bürgerschaftlichem Engagement muss auch auf Bundesebene im Kontext von Gesetzen und Verordnungen entgegengewirkt werden. Die Engagementverträglichkeit von Gesetzen muss im Bund sichergestellt werden.</p>
<p>5602-5605: Wir wollen eine teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik für alle Menschen – ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Deshalb werden wir die Jugendmigrationsdienste sowie Zugangsmöglichkeiten und Beteiligungschancen bei zivilgesellschaftlichem Engagement auch für Migrantenorganisationen stärken.</p>	<p>Bürgerschaftliches Engagement als Teil des Integrationsprozesses ausbauen und verstetigen, S. 6</p> <p>Die Beteiligung und Strukturentwicklung von Migrantenorganisationen muss nachhaltig erfolgen. Kooperation und Vernetzung mit anderen Akteuren der Integrationsarbeit und der Engagementförderung gilt es auszubauen und zu festigen.</p>
<p>Stärkung der Demokratie und Extremismusprävention, S. 120</p>	
<p>5607-5611: Die Stärkung der freiheitlichen Demokratie muss allen am Herzen liegen. Deshalb wollen wir Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft umsetzen, um das zivilgesellschaftliche Engagement gegen jede Form von Extremismus weiter zu stärken. Dazu gehören:</p> <p>5613-5614: Nachhaltige Absicherung von qualitativ guten Programmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention.</p> <p>5615-5616: Ausbau unserer erfolgreichen Programme gegen Rechtsextremismus, gegen Linksextremismus, gegen Antisemitismus, gegen Islamismus und Salafismus</p>	<p>Engagement stärken heißt Demokratie stärken, S. 3</p> <p>Die Gestaltungsspielräume und Zivilcourage der engagierten Bürgerinnen und Bürger in der demokratischen Gesellschaft müssen gestärkt werden, etwa um populistischen Akteuren entschieden entgentreten zu können</p>
<p>Stärkung der Demokratie und Extremismusprävention, S. 121</p>	
<p>5649-5651: Eine Kampagne initiieren, die private und öffentliche Arbeitgeber ermuntert, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Wahrnehmung des Ehrenamtes zu unterstützen, und dabei bei den Bundesbediensteten mit gutem Bei-</p>	

spiel voranzugehen.	
5652-5653: Für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit sowie Ehrenamt speziell im Katastrophenschutz Hürden abbauen.	Offene Zugänge und Teilhabe im BE schaffen, S. 5 Um Menschen in prekären Lebenssituationen ein Engagement zu ermöglichen, sind die Bezüge und Übergänge zwischen Engagement und Erwerbsarbeit unter Wahrung eines freiwilligen, eigensinnigen und unentgeltlichen Engagements zu stärken. Denn Engagement kann auch Zugänge in Arbeit und Beruf eröffnen. Ferner ist es wichtig, die Erstattung von Auslagen im Engagement abzusichern, da hiermit häufig unzumutbare Hürden verbunden sind.
X Ein handlungsfähiger Staat für eine freie Gesellschaft	
2. Moderner Staat, S.129	
Digitale Verwaltung, S. 130 6099-6101: Wir stehen zu unseren Verpflichtungen aus dem internationalen Open Government Partnership. Im Bereich „Open Data“ wollen wir erreichen, dass die Bundesregierung internationaler Vorreiter wird.	
Zivil- und Katastrophenschutz, S. 131 6122-6131: Einen wichtigen Beitrag für unser funktionierendes Hilfeleistungssystem für Katastrophen leisten die vielen ehren- und hauptamtlichen Helferinnen und Helfer bei den Feuerwehren, den Hilfsorganisationen und dem Technischen Hilfswerk (THW). Wir wollen das ehrenamtliche Engagement nachhaltig stärken. Wir wollen die Arbeit der 80.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des THW durch einen weiteren Ausbau des hauptamtlichen Personals unterstützen. [...]	
6137-6140: Um Anerkennung und Wertschätzung für ehrenamtlich Tätige zu erhöhen und die Nachwuchsgewinnung zu stärken, wollen wir bei öffentlichen wie privaten Arbeitgebern dafür werben, bei gleicher Qualifizierung ehrenamtlich Tätige (z. B. aktive Mitglieder Freiwilliger Feuerwehren oder des THW) bevorzugt einzustellen.	

<p>5. Verbraucherschutz, S. 135</p> <p>6359-6363: Gemeinsam mit Bundesländern und ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren wollen wir die Unterstützungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher in ländlichen Räumen ausbauen und verbessern. Zudem werden wir die Initiative des „aufsuchenden Verbraucherschutzes“ im Rahmen des Projekts soziale Stadt weiterentwickeln.</p>	<p>Offene Zugänge und Teilhabe im BE schaffen, S. 5</p> <p>Gute Erfahrungen mit niedrigschwelligen Zugängen und aufsuchenden Formaten der Engagementförderung müssen für Lern- und Transferprozesse nutzbar gemacht werden.</p> <p>Verlässliche Infrastrukturen für Alle, die sich engagieren wollen, S. 4</p> <p>Um die Selbstorganisationsfähigkeit der Bürgergesellschaft auf Dauer zu erhalten, müssen geeignete Programme für Fortbildung und Erfahrungsaustausch gefördert werden.</p>
<p>XII Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt</p>	
<p>6. Menschenrechte, Krisenprävention, humanitäre Hilfe, S. 157</p>	
<p>7377-7379: Wir wenden uns entschlossen gegen die zunehmende und gezielte Einschränkung von Zivilgesellschaften („Shrinking Spaces“), die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.</p>	
<p>8. Entwicklungspolitik für eine gerechte Globalisierung</p>	
<p>7607-7610: Unser Auftrag ist die ambitionierte Umsetzung der entwicklungspolitischen Gipfelzusagen (G7 und G20), der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen und des Pariser Klimaabkommens unter Beteiligung der Zivilgesellschaft.</p>	<p>Ziele nachhaltiger Entwicklung – ohne Engagement nicht denk- und machbar, S. 8</p> <p>Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen im Prozess der Politikgestaltung stärker beteiligt und ihre Erfahrungen und kreativen Lösungsansätze in Entscheidungsprozesse besser integriert werden.</p>

<p>Unsere Kooperationspartner stärken, S.165</p> <p>7736-7741: Wir wollen das zivilgesellschaftliche Engagement fördern und dabei insbesondere Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, politische und private Stiftungen und Partnerschaften mit der Wirtschaft sowie mit Kommunen stärken. Austauschprogramme wie den „Weltexpertenservice“ und das Programm „weltwärts“ wollen wir weiter ausbauen.</p>	<p>Ziele nachhaltiger Entwicklung – ohne Engagement nicht denk- und machbar</p> <p>Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen im Prozess der Politikgestaltung stärker beteiligt und ihre Erfahrungen und kreativen Lösungsansätze in Entscheidungsprozesse besser integriert werden.</p> <p>Multisektorale Ansätze sollen dabei eine besondere Berücksichtigung finden. Austausch und Kooperation von zivilgesellschaftlichen Akteuren über die Grenzen Europas hinweg müssen stärker gefördert werden.</p>
<p>XIII Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben</p>	
<p>1. Bürgerbeteiligung, S. 166</p> <p>7770-7774: Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, die Vorschläge erarbeiten soll, ob und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden kann. Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbeitet werden.</p>	<p>Engagement stärken heißt Demokratie stärken, S. 3</p> <p>Die Einsetzung einer Demokratie-Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag kann dazu beitragen, die vielfältigen Innovationen im Bereich von Engagement und Partizipation mit der repräsentativen Demokratie zu verknüpfen, eine breite gesellschaftliche Debatte über das Gemeinwesen, Zusammenhalt und Demokratie anzustoßen und eine Kultur der Beteiligung zu entwickeln.</p>
<p>2. Kunst, Kultur und Medien</p>	
<p>Kulturelle Bildung, S. 169-170</p>	
<p>7964-7969: Wir wollen ein gesamtstaatliches Bündnis der inklusiven kulturellen Bildung. Dieses wollen wir mit anderen bestehenden Initiativen zur kulturellen Bildung, wie etwa dem Preis für kulturelle Bildung, wo es sinnvoll ist, bündeln und stärken. Um jedem von Kindesbeinen an Zugang zu kulturellen Angeboten zu ermöglichen, unterstützen wir mit Bundesmitteln die Initiative „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ mit außerschulischen Angeboten wie Vorlesepaten, Theatern, Musikschulen oder Bibliotheken.</p>	
<p>7970-7972: Die Mittel für kulturelle Bildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes, für das Freiwillige Soziale Jahr Kultur, den Bundes- und den internationalen Freiwilligendienst „Kulturweit“ wollen wir verstärken.</p>	

<p>7974-7975: Soziokulturelle Zentren spielen eine zentrale Rolle für Integration und Teilhabe vor Ort und sollen gestärkt werden.</p>	<p>Offene Zugänge und Teilhabe im BE schaffen, S. 5</p> <p>Gute Erfahrungen mit niedrigschwelligen Zugängen und aufsuchenden Formaten der Engagementförderung müssen für Lern- und Transferprozesse nutzbar gemacht werden.</p>
<p>Gedenken und Erinnern, S. 170</p> <p>8005-8007: Wir wollen die dezentrale Erinnerungskultur mit ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement stärken und zukünftig auch kleinere Initiativen und Gedenkstätten im In- und Ausland besser unterstützen</p>	

Autorin

Mareike Jung ist Referentin der Geschäftsführung in der Geschäftsstelle des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt: mareike.jung@b-b-e.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de